

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Preis pro Quartal 1600.— Mk., wöchentlich 400.— Mk. In Pommern: monatlich 2000.— Mk. in polnischer Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Zeile 160.— Mk., von auswärts 200.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bei Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 600.— Mk., von auswärts 800.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3990.

Nr. 27

Donnerstag, den 1. Februar 1923

14. Jahrgang

Der Konflikt in Lausanne.

Frankreichs Forderungen gegen England.

Man hat in den letzten Wochen fast völlig die Orientkonferenz in Lausanne außer Acht gelassen, da die Ereignisse an der Ruhr die gespannteste Aufmerksamkeit beanspruchten. Nun meldet sich Lausanne mit einer Reihe wichtiger Vorgänge, die auf die gesamte internationale Lage zurückwirken müssen. Die Krisenstimmung, die auf der Lausanner Konferenz in der letzten Zeit zusehends zunahm, hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Nachdem vor einigen Tagen der Entwurf des Friedensvertrages mit der Türkei bekanntgegeben wurde, ist in Verbindung damit die Front der Alliierten ins Wanken gekommen. Im letzten Augenblick scheint Frankreich Sonderverhandlungen mit der Ungar-Regierung angeknüpft zu haben, um unabhängig von England eine Regelung mit der Türkei zu treffen. Das bedeutet naturgemäß den Zusammenbruch der Bemühungen, die die englische Diplomatie unter Leitung Lord Curzons seit Monaten angewendet hat, um Frankreichs Unterstützung für die englische Orientpolitik zu gewinnen.

Wie dem „Echo de Paris“ aus London berichtet wird, hat Lord Curzon Dienstag eine Unterredung mit dem französischen Delegierten Compara gehabt, in der er diesem mitteilte, daß die französische Regierung nicht mehr die Freiheit besitze, sich von den von beiden Regierungen gemeinsam festgestellten Richtlinien zu entfernen. Compara stellte jedoch in Abrede, daß eine derartige Verpflichtung übernommen worden sei. Das bedeutet eine indirekte Bestätigung des Wunsches Frankreichs, seine Handlungsfreiheit im Orient zu bewahren. Die Vermutung liegt nahe, daß die französische Regierung diese Haltung eingenommen hat, um ein starkes Druckmittel England gegenüber in der Hand zu behalten. Mit aller Deutlichkeit tritt hier der Zusammenhang zwischen der Ruhraktion und der Orientkrise zutage. Je länger die Orientkrise hinausgezögert wird, desto länger kann Frankreich freie Hand im Ruhrgebiet behalten. Aber unabhängig von dieser Rückwirkung auf die mitteleuropäische Politik bedeutet das Aufstehen der Lausanner Konferenz eine Verschärfung der Spannung im Orient, die neue kriegerische Konflikte in sich birgt. Angesichts dieser Perspektive und der weiteren Verschärfung der englisch-französischen Beziehungen ist die Erregung in England verständlich, die in den Äußerungen der Londoner Presse zum Ausdruck kommt.

In der gestrigen Sitzung der Lausanner Konferenz erklärte Lord Curzon, daß es nicht möglich sei, die türkischen Forderungen nach einer achtstägigen Frist völlig anzunehmen. Er werde auf jeden Fall noch bis Sonntagabend in Lausanne bleiben, und er hoffe, daß man diese Zeit auszunutzen werde, um die bestehenden Schwierigkeiten beizulegen. Ismed Pascha entgegnete, daß er sich bemühen werde, innerhalb der verkürzten Frist zu einer Lösung zu gelangen. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

Kriegsgefahr im Orient.

Neuer meldet: In Konstantinopel wird nicht daran gezweifelt, daß die allerwahrscheinlichste Folge eines völligen Bruches in Lausanne ein neuer Krieg sein wird. Die Kemalisten haben ihre Truppen im Hinblick auf einen eventuellen Abbruch organisiert. In der Gegend von Konstantinopel stehen ungefähr 20 000 Türken unter den Waffen. In Thrakien befinden sich 30 000 Mann. Die britische Truppenmacht befindet sich in glänzender Verfassung und wird unterstützt von der ganzen Mittelmeer- und einem Teil der Atlantischen Flotte. Auch wenn ein Bruch nicht sofort zum Ausbruch von Feindseligkeiten führen würde, wird es doch nicht möglich sein, den gegenwärtigen Zustand in Konstantinopel auf unbestimmte Zeit fortzudauern zu lassen. Die jüngst erfolgte Ermordung britischer Soldaten hat die Gefahr der Lage gezeigt. Wenn derartige Zwischenfälle sich vermehren, so wird dies zu einem Vorgehen in der einen oder anderen Richtung führen.

Deutsch-französischer Notenwechsel.

In fünf Noten hat die französische Regierung der Reichsregierung Vertragsverletzungen vorgeworfen. Dagegen erhebt diese in einer durch den Geschäftsträger in Paris übergebenen Note Einspruch, da das von der französischen Regierung be-

anstandete Vorgehen der deutschen Behörden die unvermeidliche Folge des von Frankreich durch Besetzung des Ruhrgebiets begangenen Rechtsbruches ist, so erklären, wenn die deutschen Mitglieder des deutsch-französischen gemischten Schiedsgerichtshofes erklären, daß sie angesichts der gegenwärtigen politischen Lage bis auf weiteres an keinen Sitzungen teilnehmen können. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß nach dem Einmarsch in das Ruhrgebiet eine dem Sinn und Zweck des Schiedsgerichtsverfahrens entsprechende Zusammenarbeit nicht erzielt werden kann. Zweitens rügen die Franzosen, daß die Hotelbesitzer Berlins Boykottmaßnahmen gegen die französischen Staatsangehörigen trafen und behaupten, daß die Polizei die Hotelbesitzer zu diesen Maßnahmen verpflichtet habe. Tatsächlich nehmen allerdings viele Gasthausbesitzer französische Gäste vorläufig nicht auf, aber die Behörden haben das nicht angeordnet, sondern vielmehr abgeraten. § 277 des Friedensvertrages gewährt den alliierten Staatsangehörigen gesetzlichen und gerichtlichen Schutz. Das Verhalten deutscher Privatpersonen in ihrem Privatverkehr mit Ausländern wird aber durch diese Bestimmung nicht betroffen.

Drittens beklagen die Franzosen, daß in Verletzung der Artikel 276 und 277 des Friedensvertrages der Postdirektor in Essen zwischen den französischen Kohlenkommissionen in Essen und Rotterdam keine telephonische Verbindung herstellen wollte. Die genannten Kommissionen sind nun aber Teile der Organisation, die zur reibungslosen Belieferung Frankreichs mit Reparationskohle geschaffen wurde. Durch den Ruhereinmarsch sind die Abmachungen, die zu dieser Organisation führten, gebrochen worden. Viertens wird ohne nähere Begründung Klage geführt darüber, daß in Verletzung des Artikels 225 des Friedensvertrages der französische Ausschuss zur Nachforschung nach Vermissten wegen des feindseligen Verhaltens der Bevölkerung seine Arbeiten habe unterbrechen müssen. Tatsächlich beging nirgends die Bevölkerung feindselige Handlungen. Einige Mitglieder des Ausschusses fanden wohl Schwierigkeiten, in Hotels unterzukommen.

Ferner hat die bayerische Regierung angesichts der gegenwärtigen Lage wegen zu befürchtender Zwischenfälle die Exhumierung in Bayern vorläufig noch hinausgeschoben. Das ist aber keine Verletzung des Vertrages. Fünftens wird erklärt, daß die deutsche Regierung den deutschen Gesellschaften verboten habe, französische und belgische Interessen wahrzunehmen. Tatsache ist, daß die Reichsregierung den Gesellschaften keine solche Anweisung gegeben hat.

Weitere Gewaltmaßnahmen Frankreichs.

Frankreich und Belgien haben in einer Verbalnote der deutschen Regierung mitgeteilt, daß ab 1. Februar aus dem Ruhrgebiet keine Kohlen- und Koksleistungen nach Deutschland durchgelassen werden. Von diesem Tage an werde nur noch das Brennmaterial für Italien weiter durch das unbesetzte Deutschland gehen. Bei Abgang um Anruf werde eine Kontrolle ausgeübt werden, um Unregelmäßigkeiten, die vorkommen könnten, festzustellen.

Der Regierungspräsident von Düsseldorf hat in einem Schreiben an General Denvaques gegen den Befehl des Generals, daß die Verfolgung aller politischen und Prevergehen seiner Zustimmung bedürfe, schärfste Vermahnung eingelegt und darauf hingewiesen, daß keine deutsche Behörde imstande sein werde, diesem Befehl nachzukommen. Eine französische Kavalleriepatrouille hat in Düsseldorf eine Anzahl Personen mit Säbeln angegriffen und eine von ihnen schwer verletzt.

Vom Kriegsgericht in Aachen wurden mehrere Redakteure wegen Veröffentlichung des Aufrufs zur halbständigen Arbeitseinstellung zu Geldstrafen verurteilt. Ein Bürger aus Erkelenz, der am freien Montag die Erkelenzer Ringenglocke geläutet hatte, wurde zu acht Tagen Gefängnis und eine Anzahl Studenten wegen Teilnahme an der Arbeitseinstellung ebenfalls zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Gerichtsgebäude wurde mit Maschinengewehren gesichert. In einer ganzen Anzahl Zollämtern, die von den Franzosen besetzt wurden, haben alle Beamte den Dienst eingestellt.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben: Die französische Besatzungsbehörde in Essen hat von den 1000 Betten der städtischen Krankenhäuser etwa 800 beschlagnahmt. Der Disziplinärpavillon, der für die Essener Verhaftungsinnen zu klein ist, mußte ohne Rücksicht auf das Schicksal der darin untergebrachten kleinen Kinder sofort geräumt werden. Ebenso ist die Hauptklinik beschlagnahmt worden, was zur Folge hatte, daß die dort untergebrachten Kranken unterschiedslos entlassen werden mußten. In gleicher Weise mußten auch die Stationen für Scharlach, Masern, Keuchhusten und Typhus geräumt werden. Der Hinweis der Krankenhausbefugung darauf, daß sie für den Ausbruch einer Epidemie die Verantwortung ablehnen müßte, fand keine Beachtung. Die deutsche Regierung protestiert auf das nachdrücklichste gegen diesen neuen Gewaltakt der französischen Be-

satzungsbehörden, der die einfachsten Gebote der Menschlichkeit verletzt und nicht nur die Gesundheit einzelner Kranke gefährdet, sondern auch die Bevölkerung allgemein mit der Ausbreitung gefährlicher Seuchen bedroht. Sie fordert die unverzügliche Räumung der beschlagnahmten Teile der Krankenhäuser und behält sich vor, volle Genugtuung zu verlangen.

Maschinengewehre gegen Arbeiter.

Die Arbeiterschaft der Werkzeug- und Autofabrik Lunge in Bochum hat am Dienstag den Beschluß gefaßt, die Wiederherstellung reparationsfähiger französischer und belgischer Automobile abzulehnen. Auf Grund dessen erschien heute morgen in der Stadt Bochum ein Bataillon französischer Soldaten in Begleitung von Maschinengewehren und mehrerer Tankautomobile. Die Hauptstraße wurde vollständig abgesperrt und an einzelnen Straßenecken stellte man Maschinengewehre in Schußbereitschaft auf. Nachdem dieser Sicherungsakt gegen eine Bevölkerung ohne Waffen in geradezu lächerlicher Weise durchgeführt war, besetzten ungefähr 30 französische Soldaten mit aufgeschlagenem Bajonett unter Führung eines Offiziers die Fabrik. Der Betriebsrat lehnte abermals die Ausführung der von den Franzosen verlangten Arbeiten ab und protestierte entschieden gegen diese gewaltsame Vorgehensweise. Die Franzosen versuchten augenblicklich die Wagenparks fahrbereit zu machen, bisher jedoch ohne Erfolg.

Gleichzeitig wurden nach starker militärischer Absperrung der in Frage kommenden Gebiete neue Verhaftungen vorgenommen. Unter anderem sind der Postdirektor und der Telegraphendirektor festgenommen worden. Auch am Postamt wurden Verhaftungen vorgenommen. Den Vorsteher des Telegraphenbauamts suchten die schwerbewaffneten Eindringlinge vergeblich.

Appell an den Völkerbund.

Ueber das Ergebnis der in Amsterdam wegen der Ruhrfrage abgehaltenen Arbeiterkonferenz veröffentlicht das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgende Mitteilung:

Die Vollzugsausschüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der Zweiten Internationalen (London) und der Internationalen Arbeiterschaft der sozialistischen Parteien (Wien) haben die durch die militärische Besetzung des Ruhrgebietes geschaffene tragische Lage geurteilt. In Uebereinstimmung mit den früher angenommenen und von der Weltfriedenskonferenz in Haag festgestellten Grundsätzen

verurteilen sie aufs entschiedenste die militärische Besetzung des Ruhrgebietes und die Anwendung von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen bei der Lösung der Ruhrfrage.

Sie stellen fest, daß die Besetzung des Ruhrgebietes, die unter dem Vorwand des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete erfolgt in Wirklichkeit aber diesen Wiederaufbau nur erschwert und hinauszögert, nur einen Teil bildet in dem großen Kampf der verschiedenen Gruppen der sozialistischen Schwereindustrie Deutschlands und Frankreichs um den dauernden Besitz der wichtigen Kohlen- und Eisenzentren. Die Arbeiterklasse ist heute ebenso wie im Kriege das

Opfer dieser kapitalistischen Proflitterei. Ihre Interesse einzig die Befreiung der sozialistischen Arbeiter und die Herbeiführung eines wahren Friedens. Sie bekräftigen neuerdings den Willen, durch Zusammenarbeit aller Kräfte und in internationaler Zusammenarbeit aller Völker, am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Die gerechtfertigten Forderungen sind: 1. Die sofortige Räumung des Ruhrgebietes an Frankreich und Belgien für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete zu leistenden Wiedergutmachungen. 2. Ein wichtiger Bestandteil dieses Wiederaufbaues.

Sie machen die Arbeiterklasse und die gesamte Öffentlichkeit aufmerksam auf die verheerenden Folgen der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes, auf das unmögliche Regiment, dem die friedliche Arbeiterbevölkerung jetzt unterworfen wird, auf die daraus entstehenden Krankheiten und Hungersnöte und endlich auf die Tatsache, daß sie den Weg zu neuen Kriegen in sich bergen.

Sie stellen dieser Politik der Gewalt eine Friedens- und Versöhnungspolitik gegenüber, die auf dem gemeinsamen Interesse des arbeitenden Volkes beruht. Sie fordern:

1. Die Propaganda dieser Grundsätze in allen Ländern durch die Presse, durch Versammlungen und Kundgebungen zu verstärken.
2. Den künftigen Austausch genauer und zuverlässiger Informationen über die Lage in den verschiedenen Ländern zu organisieren, um das Band des gegenseitigen Vertrauens, das die proletarischen Massen der verschiedenen Länder miteinander verbindet, so weit wie möglich zu erhalten und zu stärken.
3. In allen Parlamenten auf die Regierungen einen Druck auszuüben, um sie dazu zu bringen, daß der Wiederaufbau angestrebt wird, in dem nur allein Deutschland mit den gleichen Rechten wie die anderen Nationen angenommen werden muß. Sie lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiter besonders auf die wachsenden Kriegsjahre, und fordern auf, alle ihre Kräfte einzusetzen, um offene und geheime Pläne des Militarismus und Imperialismus zu vereiteln und zur Erhaltung des Friedens zu wirken.

Vorschubzahlung an Kleinrentner.

Die Linke mundtot gemacht durch Verschärfung der Geschäftsordnung.

Die große Erregung über die fortgesetzten Mißbräuche, die im Interesse der deutschnationalen Landwirte durch einen deutschnationalen Nationalantrag abgeleitet werden, monach finanzielle Mittel zur Verbilligung der Saatgutsmittel gefordert werden. Vom Senat wurde jedoch erklärt, daß das Sache der Gemeinden sei. Den altsächsischen Standpunkt vertrat auch der Ausschuss. Die Deutschnationalen zogen deshalb ihren Antrag zurück. Der Ausschuss beschloß dann, den Senat zu erlauben, daß der Staat ebenso wie das Deutsche Reich größere Mittel zur Verbilligung der Saatgutsmittel bereitstellt. Der Antrag wurde auch vom Volkstag in der nächsten Sitzung angenommen.

Der vor längerer Zeit von der Ver. Soz. Fraktion gebrachte Antrag über die Gewährung einer einmaligen Reichsleistung an Rentenempfänger ist inwieweit durch Vorlage entsprechender Gesetze als erledigt zu betrachten. Der Reichentwurf betr. das Verfahren in Verforgungs- und in 3. Lesung angenommen. Auch der Gesetzesentwurf betr. Änderung von Weidbeiträgen in der Sozialversicherung wurde ohne Aussprache in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Dem Senat wurde am 27. die Ermächtigung erteilt, mit Zustimmung des Ausschusses die Weidbeiträge der Rentenversicherung anzupassen. Der Gesetzesentwurf über vorläufige Regelung der Dienstverhältnisse der Polizeibeamten ging an den Hauptauschuss.

Wann fand der Gesetzesentwurf über die Erhöhung der Getreidepreise zur Beratung, der vom Senator Dr. Eichert bearbeitet wurde. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Vorlage gar keine Preissteigerung verlange, sondern nur einen Ausgleich für die Geldentwertung, worauf ihm von unseren Genossen entgegen wurde, daß man das auch bei den Löhnen und Gehältern berücksichtigen müsse. Redner hat, das Gesetz möglichst schnell zu verabschieden. Der Senat sei berechtigt gewesen, die Preise durch den Ausschuss erhöhen zu lassen. (Widerspruch links.) Der Antrag des Abg. Gen. Gebauer, den Gesetzesentwurf dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen, wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, da der Bürgerblock beabsichtigt die Preisgabe für die Landwirte ohne Ausschussberatung sofort zu bewilligen. In 1. Lesung wurde das Gesetz angenommen. Wegen der sofortigen 2. Lesung wurde von unseren Genossen Widerspruch erhoben und konnte die deshalb nicht stattfinden.

Nach längerer Zeit fand auch der Gesetzesentwurf über die Abhebung der Senatoren wieder auf der Tagesordnung. Die §§ 6 und 7 des Gesetzes wurden angenommen. Beim nächsten Paragraphen stellte sich aber schon die Beschlusshaftigkeit des Hauses heraus. Die Sitzung wurde dann auf kurze Zeit unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde ein Versuch, die 2. Lesung des Gesetzes über die Erhöhung der Umlagegetreidenpreise vorzunehmen, durch die Linke verhindert. Das Einkommensgesetz gelangte in 2. und 3. Lesung zur Annahme, worauf sich das Haus mit dem

Finanzrat

beschäftigte. Der Abg. Kersch (Dt. St.) hob in seinem Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses hervor, daß sich im Ausschuss große Meinungsverschiedenheiten über die Zusammenfassung des Finanzrats und seine Amtsdauer gezeigt hätten. Der Senatentwurf sei aber nur wenig geändert worden. Von Vertretern der Linken sei auch gefordert worden, daß wenigstens die Volkswirtschaftsverbände zu den Verhandlungen des Finanzrats als Zuhörer ausgerufen werden. Im Ausschuss sei jedoch beschlossen worden, daß die Verhandlungen geheim sein sollen.

Abg. Gen. Müller erklärte, daß die Ver. Soz. Fraktion den Gesetzesentwurf ablehnen werde, da der Finanzrat bei der beschriebenen Zusammenfassung nicht als Kontrollorgan der Regierung angesehen werden könne. Wenn von den 10 Mitgliedern des Finanzrats drei vom Senat ernannt werden und 2 weitere Personen kraft ihres Amtes dem Finanzrat angehören, hat der Senat stets 5 Stimmen für sich, die die Maßnahmen des Senats aufheben. Dadurch habe der Finanzrat seinen Zweck, ein Kontrollorgan des Senats zu sein, verfehlt. Die Land- und Stadtreise müssten im Finanzrat stärker vertreten sein. Auch sei es praktisch, dem Finanzrat die gleiche Amtsdauer wie dem Volkstag zu geben. In seiner letzten Rede wurde das Gesetz überflüssig und unannehmbar. Redner stellte entsprechende Änderungsanträge bei der 3. Lesung in Aussicht. Das Gesetz wurde in der 2. Lesung angenommen.

Die Verschärfung der Geschäftsordnung wurde von den bürgerlichen Parteien schon seit längerer Zeit gefordert. Die Doppelrollen der Linken wurde ihnen unabweisbar. Die Abgeordneten der Linken hatten es verstanden, durch Anwendung der Geschäftsordnung die Verhandlungen über die Annahme vollständiger Geschäftsordnungen zu verhindern oder zu erschweren. Die Kämpfe um das Umfahrgesetz und um die Offenlegung der Steuerlisten sind noch in aller Erinnerung. Gesagt sei, dem Bürgerblock, die Geschäftsordnung zu verschärfen, daß jeder jedes Gesetz nicht durchgebracht werden kann. Die bürgerlichen Parteien hatten alles zusammengehalten und verfügten über 52 Stimmen, waren also ohne die Linke beschlußfähig. Eine Ausschussberatung der Anträge wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, worauf der Bürgerblock folgende Änderungen der Geschäftsordnung beschloß:

Es wird der Geschäftsordnung folgender § 51a beigesetzt: Wenn ein dahingehender Antrag von hohen anwesenden Abgeordneten unterbreitet wird, so kann der Volkstag bei der im Laufe der Beratung einer Vorlage mit einfacher Mehrheit ohne sachliche Vorprüfung und ohne Vorprüfung zur Geschäftsordnung für diese Vorlage eine Abänderung der Geschäftsordnung für die einzelnen Redner beschließen. Die Redezeit soll jedoch auf weniger als fünf Minuten nicht vergrößert werden. Spricht ein Abgeordneter über die vom Hause beschlossene Redezeit hinaus, so hat ihm der Präsident nach demselben Verfahren das Wort zu erteilen. Das gleiche gilt für die Verhandlungen von Konträren.

§ 73 Abs. 1 der Geschäftsordnung erhält folgende Fassung: Namentliche Abstimmung kann bis zur Eröffnung der Abstimmung jeder anwesende Abgeordnete beantragen. Über den Antrag entscheidet das Haus ohne sachliche Vorprüfung und ohne Vorprüfung zur Geschäftsordnung mit einfacher Mehrheit.

Im Abschnitt XII „Geschäftsführung der Ausschüsse“ werden dem § 80 Abs. 1 folgende Sätze angefügt: „Sobald einem Ausschuss Vorlagen oder Eingaben usw. überwiesen sind, ist der Vorsitzende verpflichtet, für die baldige Beratung Sorge zu tragen. Auf Verlangen von fünf Mitgliedern des Ausschusses oder des Präsidenten des Volkstages ist der Vorsitzende zur Anberaumung einer Sitzung innerhalb fünf Tagen verpflichtet.“

Hilfe für die Kleinrentner.
Ein Gesetzesentwurf forderte für die Kleinrentner die gleichen Bezüge wie sie die Sozialrentner erhalten. Daß diese

Hilfe für die Kleinrentner dringend notwendig ist, wird von keiner Seite bestritten. Um so dringender war in der gestrigen Sitzung ein Streit zwischen dem deutschnationalen Abg. Philipp und dem deutschparteilichen Abg. Senke, worüber nun der Vater des Gesetzes, Abg. Weisowski (N.) trat ebenfalls für die Vorlage ein und beantragte, daß den Unterstufungsberufen schon vor der Verabschiedung des Gesetzes vorschubweise Zahlungen bis zu 1000 Mark geleistet werden. Redner erklärte, daß es ein Verbrechen sei, mit der Not der Kleinrentner Agitation zu treiben, was ihn aber nicht hinderte, eine längere Agitationsrede zu halten. Abg. Gen. Gebauer erklärte die Vorlage zu, während aber Ausschussberatung. Er begründete es, daß die Unterstufung der Kleinrentner endlich gesetzlich geregelt werde. Das vorliegende Gesetz bringe für die Kleinrentner eine bedeutende Verschärfung, da sie mit den Sozialrentnern, die ihr eigenes Leben lang Beiträge für ihre Renten gezahlt haben, gleich gestellt werden in den Bezügen. Die ungeheure Not der Kleinrentner ist allen bekannt. Deshalb hat auch die Ver. Soz. Fraktion bei dem Einkommensgesetz verlangt, daß jedem bis 500 000 Mark von der Steuer frei bleiben. Die bürgerlichen Parteien lehnten jedoch den Antrag ab. Die Not der Kleinrentner sei auch zu einem nicht kleinen Teile auf den Senat und die Volkstagsmehrheit zurückzuführen, die durch Gesetze und Verordnungen die Lebenshaltung verteuert haben. Wenn jetzt den Kleinrentnern geholfen werde, so sei das zu begrüßen. Redner sprach die Erwartung aus, daß ähnliche Maßnahmen auch für andere Hilfsbedürftige getroffen werden.

In ähnlichem Sinne sprach der Abg. Schmidt (N.). Abg. Weisowski hielt die beschriebene Hilfsaktion für völlig unannehmbar. Die Gewährung von Vorschubzahlungen wurde beschlossen, worauf der Gesetzesentwurf an den Hauptauschuss ging. Die Tagesordnung war damit erledigt.

Die Abänderung des Einkommenssteuergesetzes ist bei der zurzeit in verstärktem Maße einsetzenden Geldentwertung unbedingt erforderlich. Die im Dezember festgesetzten Steuerabzüge für Ehegatten, Kinder, für Werbungskosten usw. haben längst nicht mehr die Bedeutung als bei ihrer Festsetzung. Auch die Grenze, bis zu der 10 Prozent Steuern erhoben werden, muß heraufgesetzt werden. Die kommunistische Fraktion hatte einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf beim Volkstag eingebracht. Dieser Entwurf ist wieder zurückgezogen worden, da in gemeinsamen Beratungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten eine bessere Lösung dieser Frage gefunden worden ist. Beide Fraktionen legen nunmehr folgenden Gesetzesentwurf zur Abänderung des Einkommenssteuergesetzes vor:

Die in den §§ 21 und 22 angegebene Höhe der Ermäßigungen gilt als der Feuerungsstaffel vom Dezember entsprechend für den Januar und wird so fortsetzenden für jeden Monat von Senat und Steueranspruch festgelegt. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.

Dollarsprung und Lohnausgleich.

Am 2. Januar stand der Dollar auf 7200, am 3. Januar, eine Woche später, notierte er 10 000. Wieder eine Woche später war er auf 16 000 gestiegen. Nach einer weiteren Woche hatte er 20 000 erreicht. Und am 30. Januar, eine Woche nach diesem Stiefel, hatte er die phantastische Höhe von 40 000 erklommen. Daß die Preise auf den verschiedensten Dollarsprüngen nachstiegen, braucht nicht erst mit Zahlen belegt zu werden. Auch unsere im Inlande hergestellten Produkte, deren Herstellung mit der entwerteten Papiermark bezahlt wird, deren Rohprodukte jaht und fonderd aus dem Inlande stammen, richten sich in immer kürzerer Frist nach dem Stande des Dollars.

Wie aber sieht es mit den Löhnen und Gehältern, wie mit den Einkünften der Sozialrentner? Sie leiden alle unter der viel zu spät folgenden Anpassung ihrer Einkommen an die Teuerung. Ihre Einkünfte betragen fast stets nur das, was bereits Wochen vorher als notwendiges Existenzminimum galt. Die Löhne und Gehälter werden von Organisation zu Organisation vereinbart oder, wenn alle Verhandlungen scheitern, durch Kampf ausgetragen. Vor dem Kriege wurden die Lohnabkommen in der Regel für zwei oder drei Jahre getroffen. Seit dem Kriege wurde die Tarifdauer immer mehr verkürzt: auf ein halbes Jahr, auf drei Monate, auf einen Monat. Jetzt ist man auch schon zu 14-tägigen und vereinzelte bereits zu wöchentlichen Lohnverhandlungen übergegangen. Und das erscheint auch zunächst als der einzige Rettungsweg für alle Lohnempfänger, namentlich für die Teuerungswelle hinwegzukommen. Wir kommen damit zum System der absteigenden Löhne. Nur haben diese Löhne, weil sie in steigendem Maße unter dem Realwert sinken, auf die Nationalökonomie ihrer Wirtschaft und auf die technische Verbesserung der Produktion bedacht zu sein.

Augleich ist das sehr lächerliche System der Lohnregulierung eine ungeheure Kraft- und Zeitverschwendung. Die verhandelnden Parteien der beiderseitigen Organisationen müssen den besten Teil ihrer Zeit und Intelligenz auf diese Verhandlungen verwenden. Dann kommen noch die Mitgliederversammlungen, wo sich die Diskussion wiederholt. Alle Gewerkschaften kennen die Schwächen dieses Systems, das heute nur Schattenseiten hat.

Wir waren bisher keine Anhänger von Gleitlöhnen, ob sie nun auf dem Dollarkurs, den Indexzahlen oder der Goldmine beruhen. Wir sind auch heute noch der Meinung, daß Gleitlöhne keine Lösung sind. Aber angesichts der uns drohenden katastrophalen Lage und der sich überlagernden Preissteigerungen müssen wir unsere Gewerkschaften jetzt die Front vorlegen, ob die halbe Maßregel der Gleitlöhne nicht den wachsenden absteigenden Löhnen vorzuziehen ist.

Das System der Gleitlöhne besteht in dem hochgradigsten und hochindustriellen England wie in Deutschland. Es beruht auf den Indexzahlen oder auf einer kombinierten Grundlage beruhen sollen, kann heute ununterbrochen bleiben. Wir weisen nur darauf hin, daß sich die Arbeiterschaft selbst in dem

verabschieden Deckerreich durch die Gleitlöhne über Wasser zu halten vermocht hat. Wir haben aber heute bereits mitten in einer solchen Verabschiedung und müssen uns aller Kraft von der Arbeiterschaft angewandten Mittel bedienen, um das Geld nicht noch katastrophaler werden zu lassen, und dazu ist vor allem notwendig: Schnellere Anpassung der Einkommen an die Teuerung!

Forderungen der Ärzte.

Die in einer Berufsvereinigung zusammengeschlossenen Ärzte Donau sind gestern eine Verammlung ab, in der die Notlage des Berufsstandes und ihre Abhilfe eingehend diskutiert wurden. Als erster Referent wies Dr. Bohle darauf hin, daß die Not der Ärzte ihre Ursache in der allgemeinen Not der Zeit, in der Verarmung weiter früher gelangter Volksschichten, dem Sinken des Reallohn und Krankengeldes, dem unüberwindlichen Anstiegen der Zahl der Ärzte und in der letzten Form der Sozialversicherung habe. Durch einen unangelegenen Ausbau der Sozialversicherung, wobei bemittelte Kreise in die Lasten tragen, unbeschäftigte nicht beschäftigt würden, seien große soziale Ungerechtigkeiten entstanden. Durch die Krankenkassen seien teils infolge von gesetzlichen Bestimmungen, teils durch falsche Wirtschaft der Verwaltungen nicht leistungsfähig genug, um die wachsenden Ansprüche der Bevölkerung zu tragen. Zur Bekämpfung der Not sei es nötig, daß das Studium der Medizin eingeschränkt, die Berufszahl der Ärzte in wissenschaftlicher und ethischer Hinsicht gebremst werde und daß die Verteilung der Ärzte auf Stadt und Land nach bestimmten Plänen erfolge. Für ärztliche Praxen müsse mehr Platz in sozial-arbeitenden Beamten- und ähnlichen Stellen geschaffen werden. Alle ärztlichen Hilfsmittel seien zu verbilligen. Die R.A.D. müsse in folgenden Punkten reformiert werden: Aushebung der Ärzte zu den Versicherungsämtern und sonstigen amtlichen Organen der R.A.D.; Regelung der Versicherungsgrenze; Abbau von oben her, Herabsetzung ihrer Grundlage; gesetzliche Freilegung der freien Arztwahl; Regelung der Haftungsfragen. Ersetz des Begriffs „Grundlohn“ durch den des „maximalen Arbeitsverdienstes“, gleichmäßige Staffelung der Beiträge, Staats- und Gemeindezuschüsse, Versicherung der wirtschaftlich Schwachen auf Gemeinderäten, Sicherung der Krankenkassen gegen Ausbeutung durch die Versicherer; Kontrollärzte und Krankenordnung; Ferner durch gewinnbringende und unerfahrene Ärzte; Kontrollärzte, Prüfung der Rechnungen und Verhandlungen durch ärztliche Ausschüsse unter Führungnahme mit den Krankenkassenverbänden. — Arbeitsgemeinschaft. — Grundsätzliche Verdrängung der Ärzte in sozialer Medizin, Versicherungs- und Gesundheitswesen, Zulassung nur so vorangebildeter Ärzte zur Kassenzulassung, Einschränkung von Schiedsgerichten bei Streitigkeiten. Die Aushebung des § 182 der R.A.D. ist ein ungeliebter Weg, die Haftungsfragen zu beseitigen. Sie entzöhen den Versicherern das wichtige Recht auf freie ärztliche Behandlung und würde auf die Volkswirtschaft in schädlicher Weise wirken.

Als zweiter Referent sprach Dr. Ding. Die Not der ärztlichen Standes sei verhältnismäßig größer als die Not anderer freier akademischer Berufe. Das Schicksal des Arztes standes sei eng mit dem Schicksal und der Entwicklung der sozialen Versicherungsinstitutionen verbunden. Er gab einen Überblick auf die Entwicklung der drei zwangsläufig verbundenen Faktoren, nämlich: 1. Versicherungsinstitutionen, 2. Ärzte, 3. Versicherer. Die wirtschaftliche Sicherung der Ärzte sei möglich durch die Einführung der Beamtenhaft für die Ärzte und durch Einführung einer Gesundheitssteuer. Das Beamtenamt müsse abgelehnt werden, weil es sich mit der Eigenart des ärztlichen Berufes nicht vertrüge. Die Gesundheitssteuer sei so zu regeln, daß jeder Mensch den Arzt als Privatpatient aufsucht, bezahlt und je nach Einkommensgröße die Gesamtsumme oder einen Teil seiner Einkünfte zurückerhält. Da auch sehr schon Renten jeder Art, Bäderkur, Krankenhäuser usw. nur unter Aufsichtnahme öffentlicher Gelder realisiert werden könnten, so müsse es möglich sein, alle sozial- und volkswirtschaftlichen Pflichten von einer Zentrale aus zu erfüllen, wobei an Verwaltungskörper geknüpft werden würde.

Die Vorträge lösten eine längere Aussprache aus. Es wurde klage geführt, daß die Krankenkassen diesbezügliche erst nach 4-5 Monaten zur Auszahlung bringen. Als Hilfe für die Ärzte wurde finanzielle Unterstützung, Zusammenfassung der Krankenkassen, und ferner ärztliche Notstandsarbeiten in der Tuberkulosebekämpfung vorgeschlagen.

Die in dieser Versammlung geäußerten Ansichten und Vorschläge dürften zunächst eine eingehende Prüfung notwendig machen, ehe an ihre praktische Verwirklichung an denken ist.

Der Dollar gibt nach.

Der Dollar ist gestern in seiner Aufwärtsentwicklung unterbrochen worden. In Berlin wurde er abends vorübergehend mit 94 000 gehandelt. Doch zog er bald wieder an, ohne bisher den Höchststand der letzten Tage wieder zu erreichen. Er blieb auch heute vormittag bei 42 000 ziemlich fest. Der Rückgang soll seine Ursache in den englisch-französischen Gegenfragen haben. — Hoffentlich werden nun auch die dem hochgehenden Dollar angepaßten Preise dementsprechend eruntergezeichnet werden.

Standesamt vom 1. Februar 1923.

Todesfälle: S. des Konditoreibeherrers Johann Dirk, 11 J. 1 M. — Uhrmacher Alfred Dreße, 35 J. 4 M. — E. des im Felde gefallenen Wehrmanns, Arbeiter Ferdinand Schlichter, 11 J. 6 M. — Witwe Henriette Gellnast geb. Stopp, 78 J. 4 M. — Witwe Anna Müller geb. Stopp, fast 88 J. — Bäckermeister August Peters, 54 J. 5 M. — E. des Expedienten Friedrich Dreße, 5 Std. — Arbeiter Max Grabowski, fast 26 J. Frau Henriette Stuz geb. Gaudler, 72 J. 9 M.

Devisenkurse.

(Abendkurse um 12 Uhr mittags.)

	1. Februar	31. Januar
1 Dollar	42 000.—	46 000.—
1 polnische Mark	112.—	120.—
1 Pfund Sterling	195 000.—	205 800.—
1 holländischer Gulden	16 500.—	17 630.—
1 norwegische Krone	7 800.—	8 050.—
1 dänische Krone	8 200.—	8 550.—
1 italienische Krone	11 200.—	12 400.—
1 schweizerische Franc	1 980.—	2 200.—
1 französischer Franc	2 500.—	2 750.—
1 Schweizer Franc	7 800.—	8 350.—

Antliche Anzeigen vom 31. Januar 1923.

Dollar: Geld 46 822, Brief 47 717, 50; poln. Mark: Geld 120, 68, Brief 127, 22; engl. Pfund: Geld 215 460, Brief 218 540.

Die Probe im Spiegel.

Wie das Land der ... vorerwähnten Stellen wert, ...

Und jetzt ist dies ein ...

In halb ...

Das wird ...

Der Grund ...

Der Grund ...

Ein ...

stange wurde den ...

Aus dem Osten.

Eibing. Das ...

Königsberg. ...

Königsberg. ...

Königsberg. ...

Braslaw. ...

Memel. ...

Stolz. ...

Stalke. ...

Aus aller Welt.

Schwere Berowerkatastrophe in O'erschließen.

Gestern ...

Ein ...

Neuer ...

Eine ...

Der ...

Auf Grund ...

Ein ...

Die ...

Steuer ...

Verammlunas-Anzeiger

Verband der ...

Table with 4 columns: Name, 1st value, 2nd value, 3rd value. Includes rows for Kurzebrn, Montauerlinge, Dieck, etc.

Verantwortlich ...

An unsere Leser!

Die ...

1600 ...

schlechte ...

Berlag ...

Postbestellschein

für den Monat Februar 1923.

Form for subscription orders with columns for name, address, newspaper name, price, and amount.

Danziger Siemensgesellschaft m. b. H.
 Technisches Bureau Danzig, Am Olivaer Tor 1 - Tel. 289, 554, 3594
 Motoren - Zähler - Osramlampen - Elektrische Koch- u. Heizapparate
Vollständige elektrische Licht- und Kraftanlagen

Landmaschinen und Geräte
Muscate, Betcke & Co.

OIKOS Parkett-Fabrik
DANZIG-LANGFUHR **Stabfußboden**
 im Groß- und Kleinhandel

„POLBAL“
 Polske Kalkylickie Towarzystwa Maszynowa i Transportowa S. m. b. H., Danzig
 Telegramm-Adresse: „POLBAL“ Breitengasse 22/28 Tel.: 3253, 3960, 3961, 5432, 3877
 Eigene Kesselspeicher sowie große Lager für Holz, Stück- und Massengut

BERGFORD
 Holz-Speditions- und Lager-Gesellschaft m. b. H.
 Langgarten Nr. 47 • DANZIG • Tel. 144, 5857, 6501
 Lagerplätze in Strobeloch, Kaiserhafen, Weichselmünde.

„OLKA“ Schokoladen-Werke
 AKTIEN-GESELLSCHAFT
OLIVA
 Freie Stadt Danzig
 Danziger Straße 26 • Fernspr. Oliva 59

Danziger Essigsprit- und Mostrichfabrik
R. Haffke & Co.
 Kontor und Fabrik: Große Schwabengasse Nr. 34 □□□□ Telefon Nr. 783

„Massar“
 TRANSIT-HANDELSGESELLSCHAFT M. B. H.
 Langermarkt Nr. 17 III

Rudolf Prantz, Danzig
 Getreide : Mühlenfabrikate : Hülsenfrüchte : Sasten : Kolonialwaren
 Import Hauptgasse 28, Fernsprecher 5378 u. 5388 Export

c. w. Kühne G. m. b. H. Essig, Mostrich- und Konserv-Fabrik
DANZIG, Thornacher Weg 11a
 Fernsprecher 64 • Tel.-Adm. Ceweke
Essig Mostrich Konserven *Qualität!*

Verbit Leber der Danziger Volksstimme

Mordhewski & Zawacki
 Danzig, Mönchengasse 1
 Telefon 6069/471 Telegr.-Adr.: „Massport“
Kolonialwaren-Großhandlung
 Import - Export

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
 Musterschätz! Ohne Gewähr!

(J) **Dampferverkehr Swinemünde - Danzig - Pillau.**

Montag u. Donnerstag	6 ⁰⁰ ab Swinemünde	an 6 ⁰⁰ Donnerstag u. Sonntag
Dienstag	11 ⁴⁵ an Neufahrwasser	ab 3 ⁴⁵ Mittwoch u.
Freitag	12 ⁴⁵ ab Neufahrwasser	an 3 ¹⁵ Sonnabend
Dienstag und Freitag	5 ⁰⁰ an Pillau	ab 8 ⁰⁰ Mittwoch u. Sonnabend

Flugverkehr:

9 ⁰⁰ ab Danzig	an 3 ⁰⁰
11 ⁰⁰ ab Warschau	an 1 ⁰⁰
12 ⁰⁰ ab Warschau	an 11 ⁰⁰
3 ⁰⁰ an Lemberg	ab 9 ⁰⁰

Druckladen liefert prompt, sauber und billig
 Buchdruckerei J. Gohl & Co.

Elektromotoren
Elektro-
Installationsmaterial
Danziger Elektrowerke
 G. m. b. H.
 Danzig, Langgarten 47
 Telefon Nr. 2935 Telegrams: Elcowerke

Green & Widdra
 Fernspr. 2204 DANZIG Fischmarkt 34
Zigarren-, Zigaretten- u. Tabakgroßhandlung
 Spezialität:
 Große Sortimente in Übersee-Rundtabaken

Silvapol, Holzindustrie u. -Handel Krakauer Kämpfe bei Danzig
 Fernsprecher Nr. 430

Bernhard Silberschein
 Petersiliengasse 10/11
 Bernsteindreherei u. Reparaturwerkstatt
 für sämtliche Instrumente
 Ständiger Ankauf von rohgereinigtem Rohbernstein

Wilhelm, Weiss & Co. G. m. b. H.
 Telegr.-Adr.: Weiss-Danzig Danzig, Reitbahn Nr. 7 Telephon Nr. 707
Getreide - Oelseen - Künstlicher Dünger

Max Ellerholz, Danzig
 Judengasse Nr. 26
 Säcke, Pläne, Polstermaterialien, Stränge, Seile, Gurte, Halfter, Sackband, Bindgarn, Haut- u. Papierbindfäden, Wäscheleinen, Scheuertücher, Textilwaren
 Spezialität: Gebrauchte Säcke für alle Zwecke. stets sortiertes Lager.

Danziger Holz-Kontor Aktiengesellschaft Milchkanngasse 28/29

Baltimex G. m. b. H.
 Import Danzig, Langgasse 38 Export
 Lebensmittel, Kolonialwaren, Mehl, Speise- u. technische Fette

Schmalenberg's Weinbrand
 Edelbrand - Feinbrand
die Marken des Kenners!

Kaliglora
 Zahnpasta der beste Zahnarzt!




Urbin
 der gute
 Schuhputz

Herst. von Urbin-Werke, Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Trost

DANZIGER HOLZEXPORT, Isidor Goldberger
 Telefon: Notamt 6403 DANZIG Vorstädtischer Graben 44b
 Telegramm-Adresse: „DAHOLGO“ DANZIG

„Ideal“ Schreibmaschinen
 Felix Jacobschka - Hundegasse 105 - Telefon 571

Zuckerwarenfabrik
Otto Russau, Danzig
 Verkaufsstellen: Langgarten 4, Altsiedel Graben 79

Danziger Brotfabrik G. m. b. H.
 Eisberggasse 76
 Brotfabrikation und Feinbäckerei.

Molkerei Friedrich Dohm G. m. b. H.

Filialen:

Altstädter Graben 25	Pfeiferstadt 42
„7/8“	IL Damm 1
Hauptstr. 1	Röhren 13/14
Kaschbacher Markt 1c	Langfuhr, Hauptstr. 119
Langgarten 103	Neuschottland 15
Kohlengasse 5	Schiffstr. Karth. Str. 107
Schiff 15	Zoppot, Danzig, Str. 55
Schiffgasse 8	Seestr. 44

Gebr. Hornberger
 Leder u. Schuhmacherbedarf
 Danzig, Fischmarkt Nr. 18

LIKÖR
 in der ganzen Welt!



E. G. Gamm's Kernseife
 Seifenpulver und Bleichsoda
 bekannt und bewährt! Überall erhältlich!

H. Filbrandt, Breitg. 14
 Tel. Nr. 1162
 Wiener-, Back-Würstchen, Schinken
 - Aufschnitt und Würstwaren -
 sind sehr zu empfehlen.